Mittwoch, 24. Oktober 1923. Einzelnummer 5000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 242

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 105 000
in den Ausgabestellen 107 000
durch Zeitungsboten 108 000
am Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800
ins Ausland 150 000 poln. M.
in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 3000.— M. Reklameteil 8000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 3000.— p. M. „ Reklameteil 8000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Sprache und Namen.

„Um die polnischen Ortsnamen" lautet die Überschrift eines Aufsatzes in der letzten Sonntagsausgabe des „Dziennik Poznański" (Nr. 241). Dort ist zu lesen:

Einige Jahre des Bestehens des wiedererstandenen Polen haben genügt, um den preußischen Firnis teilweise abzuwaschen. Die Expansionskraft des polnischen Volkes hat die Spuren der Knechtschaft fortgewischt, — besonders dort, wo das Polentum zahlenmäßig ein starkes Übergewicht hatte. An vielen Orten jedoch, und vor allem dort, wo das deutsche Element sich auf dem Lande erhalten hat, hat dieser Prozeß nachgelassen, und viele Spuren des Deutschtums sind erhalten geblieben. Und was noch schlimmer ist: unter dem Einfluß der deutschen Presse geht gerade jetzt ein Prozeß vor sich, durch den den Experimenten des Eindringens des Preußentums Dauer verliehen wird. In allen deutschen Blättern wird jede Ortschaft — an erster Stelle — mit der von der preußischen Regierung zur Geltung gebrachten Namensform bezeichnet. Außerdem wird in der deutschen Presse offen darauf hingearbeitet, daß die deutsche Bezeichnung polnischer Ortschaften beibehalten wird. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung ein Aufsatz in Nr. 232 des „Pos. Tagebl.", in dem der deutsche Publizist die Vermeidung der deutschen Ortsbezeichnungen durch Deutsche für einen „übertriebene Ängstlichkeit" erklärt, durch die nach der Ansicht des Verfassers die Rechte der nationalen Minderheiten im allgemeinen verkürzt werden und der Sache der deutschen Minderheit im besonderen geschadet wird.

Mit Schmerz muß festgestellt werden, daß unsere Behörden bis jetzt nichts getan haben, um einer solchen Arbeit der deutschen Presse ein Ende zu machen. In deutscher Zeit wäre ein nach „Poznań" adressierter Brief wahrscheinlich „unbestellbar" gewesen und hätte vermutlich die Aufschrift „unbekannt" bekommen. Jetzt können die Deutschen ungehindert „Bromberg" und „Dirschau" schreiben, und unseren Beamten kommt es gar nicht in den Sinn, an einer solchen Benennung der Ortschaften „Bydgoszcz" oder „Tczew" Anstoß zu nehmen. Deutsche Reisende verlangen am Schalter Fahrkarten „nach Posen" oder „nach Rogasen", und diese Fahrkarten werden ihnen ohne die geringsten Bedenken ausgehändigt. Dabei lassen sich unsere Beamten von der durchaus falschen Überzeugung leiten, daß die Deutschen zu solcher Haltung berechtigt seien auf Grund der Verträge oder auf Grund unserer Gesetze. Diese Dinge stehen im Zusammenhang mit der Frage der Amtssprache. Wir stellen daher fest, daß weder die Verträge noch die polnischen Gesetze noch die polnischen Behörden verpflichten, eine solche tendenziöse Vermeidung der amtlichen Form der Namen polnischer Ortschaften zuzulassen. Der Minderheitenvertrag legt der polnischen Regierung einzig die Verpflichtung auf, den Minderheiten den Gebrauch ihrer Muttersprache vor Gericht zu erleichtern (Art. 8, Abs. 4), und die Verordnung des Ministers für das ehemals preußische Teilgebiet vom 10. März 1920 stellt ausdrücklich fest, daß die polnische Sprache die Amtssprache ist, und läßt nur behelfsweise den Gebrauch der deutschen Sprache zu, und zwar nur mit besonderer Genehmigung des Wojewoden bzw. des Eisenbahndirektionspräsidenten, der Präsidenten der Postdirektionen, der Zolldirektionen usw. (Art. 2)."

Am Schluß des Aufsatzes verlangt der Verfasser (Dr. Wojciech Wojdon), daß die Behörden energisch auf Anwendung der polnischen Ortsnamen dringen, und sagt: „Die übertriebene Aengstlichkeit unserer Behörden muß unbedingt ein Ende haben. Wir werden doch wohl nicht nach den Weisungen des Haager Schiedsgerichts handeln, die von uns verlangen, daß wir die Tätigkeit der ehemaligen preußischen Behörden verewigen."

Dieser neue Alarm gegen das Haager Schiedsgericht ist an sich sehr bezeichnend. Aber darum handelt es sich hier nicht, und dieser Schluß steht ja mit dem übrigen Inhalt des Aufsatzes auch nur in loser Verbindung. Was soll der Aufsatz des Herrn Wojdon als Ganzes? „Wozu der Lärm?" Was haben die Ausführungen des „Pos. Tagebl.", von denen Herr Wojdon ausgeht, mit der Frage der Amtssprache und mit der amtlichen Form der Ortsnamen zu tun? Klar und deutlich war in unserm Aufsatz „Übertriebene Ängstlichkeit" von der Form der Ortsnamen im nichtamtlichen (so steht dort wörtlich) deutschen Text die Rede. Herr Wojdon schießt mit Kanonen nach Spatzen, — und schießt dabei ganz bedeutend an dem Spatzen vorbei. Die in Frage kommende Stelle unseres Aufsatzes „Übertriebene Ängstlichkeit" richtete sich gegen die schlechte Gewohnheit mancher Deutscher, im nichtamtlichen Text „Poznań" statt „Posen", „Bydgoszcz" statt „Bromberg", „Tczew" statt „Dirschau" u. dgl. m. zu schreiben. Daß das eine schlechte Gewohnheit ist, wird auch der „Dziennik" nicht bestreiten, der auch in deutscher Zeit sich mit Recht „Dziennik Poznański" und nicht etwa „Dziennik Posenski" nannte und der auch heute noch die in Deutschland gelegenen Städte Fraustadt, Schneidemühl, Stettin mit den polnischen Namen Wschowa, Piła, Szczecin bezeichnet. Die Polen gehen übrigens in diesen Dingen viel weiter als wir. Sie geben Nichtpolen polnische Vornamen, wo der in Betracht kommende ausländische Vorname ihnen übersetzbar erscheint. Als vor kurzem eine schweizerische Quartettvereinigung in Posen spielte, hieß in den hiesigen Anzeigen und auf dem hiesigen Konzertprogramm einer der vier Herren „Wawrzyniec" mit Vornamen. Es ist anzunehmen, daß dieser Herr, bevor er nach Posen kam, gar nicht wußte, daß es einen solchen Namen überhaupt gibt. Und einem hiesigen Bürger, der Erdmann mit Vornamen heißt, wurde in einer Wahlliste dieser Name ohne jede Berechtigung in Edmund umgewandelt. Erst nach einigen Scherereien erreichte der also Umgetaufte die Einsetzung seines richtigen Namens. Hätte er die Streichung des ihm aufoktroyierten „Edmund" nicht durchgesetzt, dann wäre ihm unter Umständen die Ausübung seines Wahlrechts unmöglich gewesen, weil sein Vorname falsch „übersetzt" worden war und mit der Namensangabe in seinen Legitimationspapieren nicht übereinstimmte.

Wenn man im amtlichen Text Anwendung der polnischen Ortsbezeichnungen von uns verlangt, dann haben wir uns zu fügen. Gut. Aber wenn wir deutsch schreiben, dann dürfen und müssen wir uns bemühen, ein reines Deutsch zu schreiben, ebenso wie die Polen sich bemühen dürfen und müssen, ein reines Polnisch zu schreiben. Oberster Grundsatz muß dabei sein: im polnischen Text polnische Ortsnamen, im deutschen Text deutsche Ortsnamen. Und wie die Polen heute noch Schneidemühl mit „Piła", Fraustadt mit „Wschowa", Stettin mit „Szczecin", Breslau mit „Wrocław" bezeichnen, so werden wir mit gutem Gewissen fortfahren, im deutschen Text Posen, Bromberg, Dirschau, Rogasen usw. zu schreiben.

Der Auftakt zur „Rheinischen Republik".

Die gestrige Meldung von der Proklamierung der Rheinischen Republik in Aachen ist Tatsache. Neue Nachrichten bestätigen es, daß Aachen in der Hand der Separatisten ist und von dort aus weitere Vorstöße gemacht werden, von denen einer in München-Gladbach anscheinend bereits Erfolg hatte. In Mainz mißglückte das Unternehmen bereits zum zweiten Male, ebenso lagen aus Düsseldorf, Bonn, Köln und Koblenz Meldungen vor, nach denen bisher die Bestrebungen der Sonderbündler erfolglos waren.

Nach der deutschen Reichsverfassung hat jeder Teil des Deutschen Reiches das Recht, auf gesetzmäßigem Wege eine Volksabstimmung zu beantragen, um fortan einen eigenen Bundesstaat im Rahmen des Deutsches Reiches zu bilden. Mit solchen recht- und verfassungsmäßigen Bestrebungen hat aber die rheinländische Separatistenbewegung nichts zu tun. Sie wird geleitet von Schützlingen der Franzosen, ihre Anhänger werden von den Besatzungsbehörden mit Waffen ausgerüstet und von den Eisenbahnen der Regie durch Sonderzüge befördert, jedes Vorgehen der reichstreuen Bevölkerung gegen die Verräter wird durch Kriegsgerichte geahndet. Am deutlichsten zeigte sich aber die französische Mache in der ganzen Bewegung in Düsseldorf bei den Unruhen am 30. September. Als die Polizei hier pflichtgemäß zur Herstellung der Ordnung die Waffe gebrauchte, holten die Sonderbündler französisches Militär zur Unterstützung. Dieses entwaffnete die deutsche Polizei und gab sie zum Teil den Verrätern preis, die einige Polizisten in geradezu tierischer Weise ermordeten.

Die Separatistenbewegung ist ein Kunstprodukt, das keinen Boden in der verfassungstreuen Bevölkerung hat. Sie ist ein Makel der französisch-belgischen Politik und ein neues Zeichen von der Verrohung und Verkommenheit der internationalen Völkermoral seit dem Versailler Diktat.

An der Spitze der Separatistenbewegung in Aachen steht ein Kaufmann und Spritschieber Deckers, der sich seit längerer Zeit der besonderen Förderung durch die belgischen Besatzungsbehörden erfreut. Die Belgier haben die mehrere tausend Köpfe starke Bande der Separatisten mit Gummiknüppeln, Pistolen und anderen Waffen ausgerüstet und einexerziert. Wenn sie jetzt behaupten, daß sie dieser Bewegung gegenüber sich einer strengen Neutralität befleißigen, so ist das reine „Diplomatie", d. h. auf Täuschung Uneingeweihter berechnet. Die Belgier haben vorher dafür gesorgt, daß die durchweg deutschgesinnte Bevölkerung völlig wehrlos den bewaffneten Banden gegenübersteht.

Nach der neuesten Havasmeldung soll in Aachen völlige Ruhe herrschen. Die Polizei sowie die öffentlichen Einrichtungen haben sich dem Befehl der Separatisten unterstellt.

Auch in München-Gladbach

verübten die Sonderbündler einen Handstreich. Am Montag um 7½ Uhr morgens erschienen bewaffnete separatistische Sturmtrupps in den Räumen der Zeitungen München-Gladbachs und haben das Erscheinen der Blätter für Montag verboten, ihnen aber anheimgestellt, am Dienstag wieder zu drucken, wenn sie sich der Vorzensur unterwerfen wollten. Die Sonderbündler waren mit Ausweisen vom rheinischen Unabhängigkeitsbund versehen. Sodann marschierten sie auf das Rathaus, wo die Polizei versammelt war. Der Oberbürgermeister erklärte, daß er nur die deutsche Regierung anerkenne und nur der Gewalt weichen werde.

Kämpfe in Mainz.

In der Nacht zum Sonntag versuchten, so wie schon vor acht Tagen, die Sonderbündler einen Handstreich gegen Mainz. Morgens ½5 Uhr drangen mehrere hundert Mann bewaffneter Separatisten in das Innere der Stadt ein. So wie am vorigen Sonntag war jedoch auch diesmal die Polizei auf dem Posten und empfing die anrückenden Haufen mit Gewehrfeuer. Die Separatisten zogen sich zurück, um Verstärkungen zu erwarten. Am Sonntag verhandelten die Anhänger der „Rheinischen Republik" mit der Mainzer Polizei. Es wurden in der Stadt Plakate angeschlagen, nach denen die Ausrufung der „Rheinischen Republik" auf den Montag vertagt werden sollte. Die preußische Regierung soll angeblich die Führer der Separatisten zu einer Besprechung nach Köln geladen haben.

In Mainz befindet sich an der Spitze der Separatistenbewegung der schon seit langer Zeit berüchtigte Amtsgerichtsrat Liebing, der dort von den Franzosen begünstigt und gefördert wird. Auch in Bonn ist eine Separatistenbewegung im Gange. Sie ist aber an verschiedenen anderen Orten, so insbesondere auch in Worms, bisher trotz verschiedener Bemühungen zu keinem Erfolg gelangt.

In Bonn war am Sonnabend die Schutzpolizei durch bewaffnete Sonderbündler entwaffnet worden. Auf einen deutschen Protest hin soll Poincaré persönlich (?) die Anordnung getroffen haben, daß die Waffen zurückgegeben werden, doch dürfe sie nicht auf „harmlose Demonstranten" schießen.

In verschiedenen Städten und Ortschaften des rechtsrheinischen Teiles des früheren Großherzogtums Hessen wurde auch die „Rheinische Republik" ausgerufen, so u. a. in Groß-Gerau und Starkenburg.

Heuchlerische „Neutralität" der Besatzungsmächte.

Immer hartnäckiger erhielten sich in der letzten Woche die Gerüchte, daß die Ausrufung der Rheinischen Republik in Aachen unmittelbar bevorstehe. Den Sonderbündlern, die über 300 Feuerwaffen verfügten, hätte **die belgische Besatzung ihren Schutz zugesagt.** Das Verhalten der Besatzungsbehörden war auch sonst auffällig, insbesondere die Ausweisung sämtlicher führender Gewerkschaftssekretäre. Die belgische Garnison lag schon seit einigen Tagen in erhöhter Alarmbereitschaft bei völliger Urlaubssperre. **Man muß also in belgischen Kreisen über das Kommende bereits vorher genau unterrichtet gewesen sein.**

Nicht unerwähnt sei, daß sich die erste Meldung über die bevorstehende Ausrufung der Rheinischen Republik in Aachen in der Sonnabendabend-Ausgabe des Brüsseler „Peuple" befindet, wo es heißt: „Sonst gut unterrichtete Kreise kündigen für den morgigen Sonntag die Ausrufung der Rheinischen Republik in Aachen an."

Die Pariser Presse versichert natürlich um des Eindrucks willen nach außen hin, daß die Franzosen „völlig neutral" seien, daß es sich um eine Angelegenheit der inneren Politik Deutschlands handle. „Journal des Debats" behauptet, daß die Proklamierung der Rheinischen Sonderrepublik einer der zahlreichen Beweise vom allgemeinen Chaos der Ansichten im Rheinland sei und daß die Bewohner aus ihrer schwierigen Lage keinen anderen Ausweg wüßten. Demgegenüber genügt es, auf die Düsseldorfer Vorgänge am 30. September hinzuweisen, wo die Franzosen offen für die Separatisten Partei nahmen.

Die Neuvereidigung der bayerischen Reichswehr vollzogen.

Nach einer aus Wien kommenden Meldung wurden die bayerischen Abteilungen der Reichswehr am Montag in ihren Standorten auf den bayerischen Staat vereidigt.

General von Seeckt an den bayerischen Teil der Reichswehr.

Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, hat am Sonnabend abend folgenden Befehl erlassen:

An das Reichsheer!

Die bayerische Regierung nimmt die Truppen der 7. (bayerischen) Division in Pflicht und ernennt den vom Reichswehrminister seiner Dienststelle enthobenen Divisionskommandeur ihrerseits zum Landeskommandanten und Divisionskommandeur. Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommandogewalt. Wer dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reich geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig. Ich fordere die 7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch feierlich auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihres höchsten militärischen Befehlshabers bedingungslos zu fügen. Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte ich mich heute und stets für versichert.

von Seeckt,
General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

Der Abdruck dieses Aufrufes an den bayerischen Teil der Reichswehr ist wie aus München gemeldet wird, für das gesamte Gebiet des Freistaates Bayern verboten worden.

Was sagt Berlin?

Zu der Nachricht über die Einsetzung des Generals v. Lossow als bayerischen Landeskommandanten durch die bayerische Staatsregierung bemerkt W. T. B. folgendes: Die neueste Maßnahme der bayerischen Regierung stellt zweifellos einen glatten Bruch der Reichsverfassung dar. Es ist tief bedauerlich, daß eine verantwortliche deutsche Landesregierung in einer Zeit schwerster außenpolitischer Not des Vaterlandes Sonderwünsche und Sonderinteressen gegenüber der Gesamtheit des Reiches durchsetzen zu sollen glaubt und damit dem Reich und der Reichsregierung die Zusammenfassung aller Kräfte gegen den von außen kommenden Zerstörungswillen außerordentlich erschwert.

Die Gründe von Lossows Dienstenthebung.

Ferner meldet W. T. B. noch folgendes: „Der Reichswehrminister hat Generalleutnant v. Lossow vom Dienst enthoben und seine Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres ist der nächstälteste bayerische Offizier Generalmajor Freiherr Kreß v. Kressenstein beauftragt worden. Der Reichspräsident hat die bayerische Regierung aufgefordert, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayerischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrgesetz zu machen. Diese Maßnahmen wurden notwendig, da General von Lossow sich ausdrücklich geweigert hatte, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen und es abgelehnt hatte, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen.

Vormarsch der Reichswehr auf Chemnitz und Plauen.

Am Montag früh kamen durch Leipzig ziemlich starke Abteilungen der Reichswehr, zusammengesetzt aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Ein Teil der Truppen wurde auf Chemnitz und Plauen zu in Bewegung gesetzt.

Republik Polen.

Der Staatspräsident in der Warschauer Zitadelle.

Am Sonnabend begab sich der Präsident der Republik im Kraftwagen nach der Zitadelle, um den Schauplatz der furchtbaren Explosionskatastrophe in Augenschein zu nehmen.

Die englische Meinung über den Aufruf der polnischen Regierung.

Die halbamtliche Reuteragentur veröffentlicht in der englischen Presse eine Mitteilung über den Aufruf der polnischen Regierung nach der Explosion in der Warschauer Zitadelle und sagte: „Der allgemeine Eindruck ist, daß der Aufruf unbegründeterweise Alarm schlägt und daß die Explosion die Folge eines unglücklichen Zufalls ist."

Erzbischof Kardinal Kakowski beim Außenminister.

Der Warschauer Erzbischof, Kardinal Kakowski, der sich gegenwärtig nach Rom begeben hat, hatte vor seiner Reise eine längere Unterredung mit dem Außenminister, Herrn Seyda, in der politische Angelegenheiten und Angelegenheiten der römisch-katholischen Kirche besprochen wurden.

Dmowski Kandidatur für den Außenministerposten.

Die „Rzeczpospolita" wandte sich an Roman Dmowski mit der Frage, ob es wahr sei, daß Seyda ihm die Übernahme des Außenministerpostens angeboten hätte. Dmowski antwortete: „Mein Freund und ehemaliger Mitarbeiter im Nationalausschuß, Herr Seyda, hat mir schon bei Bildung des gegenwärtigen Kabinetts das Portefeuille des Außenministers angeboten. Ich konnte es jedoch nicht annehmen und sprach die Überzeugung aus, daß Herr Seyda selbst der geeignetste Kandidat für diesen Posten wäre. Später, während seiner eigenen Amtsführung, hat Herr Seyda noch wiederholt versucht, mich zu überreden, an seine Stelle als Außenminister zu treten."

Die Rücktrittsabsichten des Sejmmarschalls.

Sejmmarschall Rataj, von dessen Rücktrittsabsichten schon berichtet wurde, erklärte einem Mitarbeiter der „Kurjer Polski", daß nicht irgendwelche Vorgänge oder Zusammenstöße im Sejm ihm seinen Rücktritt wünschenswert erscheinen ließen, sondern lediglich sein Gesundheitszustand und das Bedürfnis nach völliger Ausspannung.

Gegen die Exmission deutscher Ansiedler, die polnische Staatsbürger sind,

wendet sich eine Interpellation, mit der sich die deutschen Sejmabgeordneten an den Minister für Agrarreform und den Justizminister wandten. Die Interpellation lautet in deutscher Übersetzung:

„Trotz der Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag und des Völkerbundsrates nehmen die Exmissionsklagen gegen Ansiedler, die die Auflassung nach dem 11. November 1918 erhalten haben und das polnische Staatsbürgerrecht besitzen, ihren Fortgang. Am 6. Oktober d. Js. ist beim Bezirksgericht in Konitz die Verurteilung eines solchen Ansiedlers auf Räumung seiner Rentenstelle erfolgt, und am 26. Oktober d. Js. finden neue Termine in diesen Angelegenheiten statt. Sie betreffen nachstehende Fälle:

In Obrowo, Kreis Tuchel, sind schon seit einigen Menschenaltern acht Kleinbauern angesiedelt, die nicht mehr als ein Häuschen und ein Gärtchen von ungefähr ¼ Hektar besitzen. Die preußische Ansiedlungskommission hat diesen Kleinbauern 1¼ Morgen Land auf sechs Jahre verpachtet, und zwar bis zum Jahre 1918 mit dem Rechte des Vorkaufs, d. h. daß sie nach Ablauf der Pachtzeit das Recht haben werden, dieses Land als Rentenansiedlung zu erwerben. Infolge des Weltkrieges konnte man den Kauf dieses Landes nicht durchführen, deshalb wurde die Pachtzeit auf ein Jahr verlängert, und erst im Januar 1919 wurde die Pachtung in eine Rentenansiedlung verwandelt und die Auflassung erteilt. Auf dem zugekauften Lande haben die Ansiedler zum Teil Wirtschaftsgebäude auf eigene Kosten gebaut. Jede Ansiedlung besitzt zwei Hypothekennummern, die ehemalige Nummer für das Haus und die neue für die zugekaufte Parzelle. Das Landamt reicht gegen diese Personen die Exmissionsklage ein, in einigen Fällen hat das Bezirksamt in Konitz zu ungunsten der erwähnten Kleinbauern entschieden.

Wir fragen die Regierung, insbesondere den Herrn Agrarminister und Justizminister hiermit an: 1. Sind der Regierung diese Fälle bekannt? 2. Ist sie bereit, dafür zu sorgen, daß sämtliche Gerichtsverfahren dieser Art sofort eingestellt werden und Exmissionen dieser Ansiedler unterbleiben? 3. Wird sie den in Frage kommenden Ansiedlern für die ihnen durch das Gerichtsverfahren bereits entstandenen Kosten Schadenersatz leisten?"

Eisenbahnerausstände in Lemberg und Krakau.

In Lemberg und in Krakau ist am Montag ein Teil der Bahnangestellten in den Ausstand getreten. Die Züge verkehren in beschränktem Umfange.

Abermalige Erhöhung der Postgebühren.

Aus Warschau wird gemeldet: Am 1. November sollen die Post- und Telegraphengebühren abermals erhöht werden, und zwar voraussichtlich um 60 bis 100 Prozent. Der Inlandsbrief soll 10 000 M. kosten, das telegraphische Wort ebenfalls 10 000 M.

Für die Kriegsinvaliden, Rentenempfänger und Pensionäre

tritt ein Antrag der deutschen Sejmfraktion ein, der folgenden Wortlaut hat:

„Am 2. Juni 1923 wurde von dem Abgeordneten Pankratz und Genossen der Deutschen Vereinigung im Sejm eine Interpellation wegen völlig unzeitgemäßer Renten und Pensionen für Invaliden, Unfall-Rentner und Pensionäre an den Herrn Finanzminister, den Herrn Minister für Arbeit und soziale Fürsorge, sowie an den Herrn Eisenbahnminister eingebracht. Nach ungefähr sechs Wochen ist vom Herrn Ministerpräsidenten daraufhin eine Mitteilung eingegangen, in welcher gesagt ist, daß die Untersuchung im Gange wäre und eine Antwort erst nach abgeschlossener Untersuchung der angeführten Fälle erteilt werden kann. Diese Antwort ist bis heute noch nicht eingegangen.

Die Unterzeichneten halten es bei der heutigen Wirtschaftslage daher für ein ganz dringendes Gebot der Menschlichkeit, diesen Notleidenden sofortige Hilfe zu bringen. Dabei sei von vornherein bemerkt, daß es uns nicht angängig erscheint, wenn sich etwa die Regierung auf Privataktionen verlassen sollte, wie sie zurzeit im ehemals preußischen Teilgebiet beliebt sind, wo besonders für die Kriegsinvaliden verschiedene Sammlungen stattfinden. Erfahrungsgemäß ist mit diesen Sammlungen außerordentlich wenig getan. Solchen Sammlungen stehen meistens nur Mittel zur Verfügung, um bei besonderen Gelegenheiten, z. B. an den großen christlichen Festen an die bedürftigen Invaliden Geschenke zu verteilen. Es muß aber als selbstverständliche Pflicht des Staates bezeichnet werden, den Rentenempfängern wenigstens eine Grundlage für ihre Existenz zu geben. Als eine solche kann es nicht angesehen werden, wenn ein Arbeitsinvalide mit 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit als letzte Zahlung 80 000 M. für den Monat September an Rente und von der Stadt Bromberg 36 000 M. Armenunterstützung erhalten hat. Diese Sätze werden in Bromberg allgemein gezahlt. Zu gleicher Zeit muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei einer großen Anzahl von Kriegsinvaliden die Rentenansprüche leider durchaus noch immer ungeklärt sind. Wir erwähnen besonders aus Kleinpolen einige Fälle, und zwar die der Kriegsinvaliden Rudolf Baumunk, Heinrich Johann Schmidt und Jakob Nerbas aus Kolomyja, sowie des Heinrich Tritthart in Josefow bei Radziechow. Baumunk, Nerbas und Schmidt haben die Mitteilung erhalten, daß ihnen aus Vermögensrücksichten die Rente nicht gezahlt werden könne, da sie 6, 9 und 11 Joch Feld besitzen. Ob sie in der Lage sind, dieses Land zu bearbeiten, das zur Ernährung ihrer eigenen Person außerdem auch knapp ausreicht, danach ist nicht gefragt. Sie sind aber dazu nicht imstande. Auch die Ansprüche auf Qualifikationszulagen werden nicht erfüllt. So hat Baumunk, obwohl er Student gewesen ist, keine Zulage erhalten, solange er die Rente bezog. In gleicher Weise wird es gehalten mit den Lieferungen von Bau- und Brennholz, die die Kriegsinvaliden mit 50 Prozent Nachlaß auf den Preis aus den Staatswaldungen bekommen sollen.

Noch schlimmer steht es mit den Vorkriegsrentenempfängern im ehemals preußischen Teilgebiet. Der Militärrentenempfänger Max Gartzke in Samotschin erhielt noch im September 1923 auf Grund seines Friedensrentenanspruches von 33 Goldmark, sage und schreibe 1000 Papiermark im Monat! Dabei mag nur erwähnt werden, in welche **schlimme Lage** solch ein **Rentenempfänger** kommt, wenn er ein Gesuch an seine Behörde richten muß, wofür er **30 000 Mark Stempelgebühren** im September entrichten mußte. In einer gleich traurigen Lage befinden sich die Altpensionäre, d. h. diejenigen Personen, die bereits im Frieden ihre Pension erhielten, unter ihnen ferner die Offiziere und Offizierswitwen, sowie die im gleichen Range stehenden Militärbeamten bzw. deren Hinterbliebene. Sie erhalten noch dieselbe Pension wie in Friedenszeiten, z. B. die Witwe eines Roßarztes a. D. in Bromberg **100 polnische Mark monatlich**. Alle Rücksprachen und Eingaben, die von dieser unglücklichen Frau bisher bei den Behörden eingesandt wurden, blieben erfolglos. Es ist um so unverständlicher, daß diese Personen derartig geringe Bezüge, welche nur als eine Verhöhnung aufgefaßt werden können, erhalten, als es sich um eine Kategorie von Bürgern handelt, die sehr gering an Zahl und fast durchschnittlich sehr hoch betagt ist, so daß sie bald ganz aussterben muß. Um so mehr wäre es eine Pflicht der Menschlichkeit, ihnen die letzten Jahre des Lebens erträglich zu machen, indem man sie den Neupensionären gleichstellt. Der pensionierte Oberwegemeister August Paehlke aus Klein Bartelsee bei Bromberg hat im November 1920 seine Pensionierung bei der vorgesetzten Kreisbehörde bantragt, die mit dem 1. November 1920 ausgesprochen worden ist. Trotz aller möglichen Beschwerdeschreiben hat er nur Vorschüsse erhlaten, im ganzen 25 000 und seit Oktober 1922 überhaupt nichts. Bei einer im August 1923 beantragten Zahlung wurde ihm erklärt, er könne nichts erhalten, da seine Pensionssätze noch nicht bekannt wären.

Die Ausnahmebehandlung der Altpensionäre ist **ein unhaltbarer Zustand**. Es ist durch nichts gerechtfertigt, daß sie durchweg erheblich schlechter gestellt werden, als die Neupensionäre. Ganz unmöglich ist die Durchführung eines Beschlusses, daß das Gehalt der um die polnische Sache verdienten Altpensionäre um 20 Prozent soll erhöht werden können. **Eine derartig unterschiedliche Behandlung verstößt gegen die Staatsverfassung.** Sie kann nicht dazu dienen, das Ansehen Polens in der internationalen Welt zu erhöhen. Diese Bestimmung öffnet außerdem der Willkür der entscheidenden Behörden sowie einem unwürdigen Kriechertum Tür und Tor. Eine weitere Forderung, die wir stellen müssen, ist die, daß die Pensionäre Teuerungszulagen und Vorschüsse zu gleicher Zeit mit den aktiven Beamten erhalten, denn die Teuerung ist für alle gleich drückend und was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Wir hegen die Befürchtung, daß die gesetzliche Regelung der Bezüge der Kriegs-, Alters- und Invalidenrentenempfänger, sowie der Pensionäre noch eine geraume Zeit auf sich warten lassen wird. Infolgedessen beantragen die Unterzeichneten:

Der hohe Sejm wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, 1. **sofort größere Mittel zur Aufbesserung** der Bezüge der betroffenen Personen bereit zu stellen und in dem Versorgungswege interiministische Bestimmungen für Zahlung von einstweiligen Teuerungszulagen zu erlassen, 2. **den ganzen Komplex dieser Fragen so vorzubereiten, daß er in der kürzesten Frist vom Sejm verabschiedet werden kann.**

Verurteilung eines deutschen Redakteurs in Oberschlesien.

Der verantwortliche Redakteur der „Kattowitzer Ztg." Ernst Bechstein, hatte sich am 16. Oktober vor dem Schöffengericht zu verantworten wegen eines Aufsatzes, der sich mit den Ausweisungen beschäftigte. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn sechs Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Der Verteidiger nahm energisch gegen diesen Strafantrag Stellung, indem er anführte, eine solche harte Strafe sei wohl verständlich für einen Verbrecher, der seinen Mitmenschen mit dem Messer niedergestoßen habe, aber der Angeklagte sei ein anständiger, bisher nicht vorbestrafter Mensch, ein deutscher Redakteur in Polen, der in Minderheitenfragen naturgemäß auf einem anderen Standpunkt stehe wie ein Pole. Es dürfe die Ansicht nicht Platz greifen, daß ein deutscher Redakteur wegen seines Berufes vor den Gerichten für vogelfrei angesehen würde. Der Verteidiger streifte dann kurz die eigenartige heikle politische Lage Oberschlesiens, die einem deutschen Redakteur mehr als anderswo gefährlich werden könne. Gewiß sei dieser zur Vorsicht verpflichtet, aber es könne nicht bewiesen werden, daß der Angeklagte mit Absicht und Bewußtsein den polnischen Staat habe beleidigen wollen. Im Gegenteil drückte er den Wunsch aus, daß der zwischen den beiden Regierungen bestehende Konflikt geklärt und beseitigt werden möchte.

Nach etwa halbstündiger Beratung des Gerichtshofes wurde der Angeklagte zu 2 Millionen Mk. Geldstrafe verurteilt.

Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Die polnischen Arbeiter in Frankreich.

Eine Beschwerde.

Der Zentralausschuß der polnischen Fachverbände richtet an das polnische Arbeitsministerium eine Denkschrift über die Lage der polnischen Arbeiter in Frankreich, in der es u. a. heißt:

„Wir verlangen eine sofortige Intervention bei den französischen Behörden in der Angelegenheit **der überaus rücksichtslosen und mit den Dienstverträgen im Widerspruch stehenden Behandlung der Landarbeiter in Frankreich,** die 16 Stunden täglich arbeiten müssen, dabei äußerst schlecht bezahlt und schließlich aus Frankreich ausgewiesen werden, da sie unter solchen unmenschlichen Bedingungen nicht aushalten können. Wir fordern die Abänderung der Bedingungen des gegenwärtig verpflichtenden Dienstvertrages für polnische Landarbeiter in Frankreich. Wir verlangen schließlich **eine anständige Behandlung der polnischen Arbeiter in der Emigrantenzentrale in Toul,** von wo unaufhörlich Klagen der Arbeiter über die Praktiken der französischen Behörden laut werden."

Wieviel polnische Bergarbeiter sind in Frankreich?

Die Zahl der polnischen Bergarbeiter in Frankreich beträgt gegenwärtig 22 Prozent der Gesamtzahl der französischen Bergarbeiter. Amtlichen französischen Feststellungen zufolge beträgt die Zahl der in diesem Jahre aus Polen nach Frankreich eingewanderten Personen 20 000.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(26. Fortsetzung.)

„An Gröger habe ich gar nicht mehr gedacht. Wir haben seitdem keinen Portier mehr im Hause wohnen gehabt, weil Vater die Räume zum Lager hinzunahm."

„Nun also, Kollege Wendter denkt nun, der brave Gröger sei ein Mitschuldiger Ihres Vaters und habe diesem zum wenigsten geholfen, die Leiche zu vermauern. Ich vermute vielmehr, daß er so gefällig war, die ganze Arbeit allein zu übernehmen, nachdem er vorher seinen Spießgesellen um die Ecke gebracht hatte. Wie lange war Gröger in Ihrem Hause?"

„Ein halbes Jahr."

„Und kam woher?"

„Ich weiß nicht; er wurde von unserem Pfarrer empfohlen. Es ging ihm wohl schlecht. Aber Vater war mit ihm sehr zufrieden."

„Ich werde den Herrn Pfarrer aufsuchen. Vielleicht kann er mir noch sagen, woher der Mann kam, und dann wollen wir mal im Verbrecheralbum nachsehen. Jedenfalls danke ich Ihnen für heute. Gehen Sie in dem Bewußtsein schlafen, daß Ihr Vater keinen Brudermord auf dem Gewissen hat, und betrauern Sie ihn erst dann als tot, wenn Sie Gewißheit haben, daß er nicht von irgend einem Schiff gerettet und wohl und munter ist. Übrigens, mein Kompliment, mein Fräulein. Tapfer sind Sie, das muß Ihnen der Neid lassen. Herr Silvio, ich möchte an die Arbeit."

Er stand auf, und Johanna trat zu ihrem Vetter.

„Dank, Silvio — das ist ein gewaltiger Mann. Wenn Vater unschuldig wäre und lebte?"

„Ich habe unbegrenztes Vertrauen zu ihm, aber — darf ich Dir noch ein Wort sagen?" Es war jetzt ein anderer trauriger Zug in seinem Gesicht, und unwillkürlich wurde Johanna befangen. Dr. Schlüter zog sich langsam den Mantel an.

„Ich bitte Dich, tue es nicht, es wäre Dein Unglück."

„Was soll ich nicht tun?"

„Man spricht an der Börse, daß Wislizenus bei Dir war — daß —"

„Nicht weiter. Ich habe ihm gestern die Tür gewiesen und werde es immer tun, jetzt mehr als je —"

„Johanna!"

Sie wehrte ab, und Schlüter kam heran.

„Sie gestatten —"

Johanna vermied es, Silvio noch einmal anzusehen; der Kommissar lächelte leise vor sich hin, als sie die Straße entlanggingen.

Johanna blieb allein; ihr Herz war voller Jubel, und doch wagte sie es nicht, dieser Empfindung zu glauben. Sie sann nach. Der Kommissar hatte nicht das Ansehen eines Mannes, der unbedacht sprach. Seine gutmütigen Augen hatten trotz aller Menschenfreundlichkeit etwas Durchdringendes, und seine Stirne zeugte von Intelligenz und Energie. Herrgott, wenn es wahr wäre! Wenn der Vater unschuldig! Wenn er lebte! Wenn er zurückkehrte zu ihr! Nichts! Nichts wollte sie ja vom Leben als nur das! Nur das eine! Da erschrak sie, und ein eisiger Schauer durchzuckte ihr Herz. Es war ja doch alles nicht wahr! Konnte nicht wahr sein! Und wenn es für alles eine Erklärung gab! Wenn jene unselige Kugel dort unten nichts als die Kachel des Kamins getroffen! Wenn der fromme Gröger ein Heuchler war und Verbrecher! Wenn er sogar dem Vater unter einem Vorwand den Schlüssel zu jenem Keller abbettelte. Alles, alles war möglich, aber — wie kam des Onkels Uhr in den Tresor? Und dabei der Zettel von des Vaters eigener Hand! Das hatte Schlüter nicht gewußt! Das hatte sie ihm verschwiegen, und daran ging alle Hoffnung wieder zugrunde! Sollte sie ihm sagen? Ihn holen lassen? Nein! Tausendmal nein! Schlüter war nicht der Mann, der sich dazu hergab, die Welt zu täuschen. Glaubte er an des Vaters Schuld, dann sagte er es auch. Gut, daß er nichts wußte! Dann aber wieder, was war das für ein Toter? Wo war des Onkels Körper geblieben, wenn er es nicht war, der dort gefunden wurde?

Sie zermarterte sich vergebens, dann aber kamen andere Gedanken. Wislizenus! Trotz allem hatte er an der Börse gesprochen. Fühlte sich schon als Herr. Sie setzte sich an den Tisch und schrieb.

„Um allen Mißverständnissen entgegenzutreten, sage ich Ihnen nochmals, daß ich niemals die Frau Ihres Sohnes werde, und daß Sie vergebens auf meines Vaters Firma gehofft haben. Johanna Bruhns!"

Frau Weber mußte den Brief noch in den Kasten tragen, dann legte Johanna sich nieder. Seltsam, jetzt war ihr leichter ums Herz. Zudem war ihr Körper todmüde. Sie schlief ein und träumte davon, daß ihr Vater nach Hause gekommen sei, und daß alles sich klärte.

Die nächsten Tage waren voller geschäftlicher Arbeit. Sie hörte weder von Silvio noch von Schlüter, aber Swendholm hatte die Nachricht von dem Gespräch mit Schlüter hoffnungsfreudiger gestimmt.

„Mut, Fräulein Johanna Bruhns, vielleicht erklärt sich auch das mit der Uhr. Vielleicht täuschte uns das Monogramm und sie ist nicht die des Onkels. Oder er hat sie dem Herrn Silvester gegeben!"

Johanna klammerte sich an dieses Wort, aber es verging Tag auf Tag, und von Silvester kam keine Nachricht. Auch Schlüter ließ sich nicht blicken. Dafür kam eines Tages, es war nun der achte, seit Silvester verschwunden, Swendholm in das Privatbureau.

„Fräulein Bruhns, wir haben böse Sorgen. Ich sagte Ihnen, daß Ihr Herr Vater von der Firma Wislizenus zwei Millionen aufnahm. Wislizenus hat das Geld gekündigt. Bis Quartalsschluß müssen wir zahlen."

„Wir verkaufen die lagernden Vorräte."

(Fortsetzung folgt.)

Englisch-französische Unstimmigkeiten wegen der Eisenbahnregie.

Die plötzliche Ankunft Lord Kilmanrocks, des englischen Vertreters in der Rheinlandkommission, aus Koblenz in London, um der englischen Regierung über die französischen Pläne der Ausbeutung der Rhein- und Ruhrbahnen zu berichten, hat in Londoner unterrichteten Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt und dürfte zu einer eingehenden Aussprache im Kabinett Anlaß geben. Wie fast in allen technischen und wirtschaftlichen Fragen, die mit dem Ruhrkonflikt zusammenhängen, besteht auch hierin eine Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich.

Frankreich würde es gerne sehen, wenn England die Bahnen in dem von ihm besetzten Gebiet um Köln herum der französischen Regie ausliefern würde im Austausch gegen eine Stelle im internationalen Verwaltungsrat. Dieser Vorschlag wurde auch von englischer Seite lebhaft besprochen. Die juristischen Sachverständigen des Auswärtigen Amtes sollen angeblich die Auffassung vertreten, daß die englische Regierung gar nicht berechtigt sei, die der englischen Besatzungsbehörde unterstehenden Teile der Reichseisenbahn der französischen Regie zu überlassen, sobald diese von Deutschland nicht offiziell anerkannt sei. In diesem Zusammenhang wird in hiesigen gut unterrichteten Ententekreisen behauptet, daß Lord Curzon kürzlich dem französischen Botschafter erklärt haben soll, daß Frankreich und Belgien erst mit der deutschen Regierung ein Abkommen für die Übergangszeit bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfragen treffen müsse, in dem die Umwandlung der deutschen Eisenbahnverwaltung in eine andere Regie geregelt sei, bevor England zu dieser Frage Stellung nehmen könnte. Danach soll St. Aulaire erklärt haben, daß die englische Regierung plötzlich der Tatsache gegenüberstände, daß der Reichsverkehrsminister des Kabinetts Stresemann bereits die Beamten der Reichseisenbahn in dem besetzten Gebiet aufgefordert habe, unter der Regie ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Gegenüber diesen Argumenten wurde von englischer Seite betont, daß diese Maßnahmen der deutschen Regierung nur ein Akt wirtschaftlicher Notwehr sei, der dazu bestimmt sei, angesichts der Finanznot des Reiches und der Einstellung der Ruhrhilfe das Eisenbahnpersonal vor dem Verhungern zu schützen. Eine solche wirtschaftliche Notmaßnahme berechtigte England noch keineswegs zu einer Eigentumsübertragung von weitreichender Bedeutung. Der französische Botschafter soll darauf erklärt haben, daß der französischen Regierung dann nichts weiter übrig bliebe, als den juristischen Einwand Englands dadurch zu entkräften, daß die deutsche Regierung von Paris aufgefordert werde, **ausdrücklich die Rechtmäßigkeit der französischen Auffassung einer französisch-belgischen Eisenbahnregie anzuerkennen.** Die Verkehrssachverständigen sollen vorgeschlagen haben, daß im Kölner Gebiet die deutsche Verwaltung aufrechterhalten werde und daß ein englischer Verkehrsbeamter damit beauftragt werde, die notwendigen Anforderungen der französisch-belgischen Eisenbahnregie bezüglich des Anschluß- und des Durchgangsverkehrs im Kölner Gebiet nach militärischer und technischer Prüfung von englischer Seite festzusetzen.

Die Eisenbahnregie gibt besonderes Geld aus.

Nach einer Meldung der Agence Belge aus Koblenz hat die Rheinlandkommission die Eisenbahnregie ermächtigt, auf Franken lautende Verkehrsscheine für Zahlungen an die Eisenbahnen in den besetzten Gebieten auszugeben. Diese Verkehrsscheine sollen der Regie Währungsverluste infolge der Kursschwankungen der Mark ersparen und angeblich dazu dienen, aus dem Rheinland die französischen und belgischen Franken herauszuziehen, deren wachsender Umlauf zu einer Inflation zu führen drohe.

Raub deutschen Eigentums.

Die französisch-belgische Eisenbahnregie hat in der letzten Zeit eine Reihe von rheinischen Eisenbahnhauptwerkstätten französischen und belgischen Privatfirmen verpachtet. So wurde den Werkstättenarbeitern der Hauptwerkstatt Trier, als sie sich zum Wiederantritt melden wollten, eröffnet, daß die Werkstätte dem Straßburger Privatunternehmen Gravenstaden übergeben worden sei. Die Werkleitung lege keinen Wert auf die Einstellung ehemaliger Werkstättenarbeiter. Man nimmt an, daß in der Hauptsache französische und belgische Arbeitslose zur Einstellung gelangen werden. Die neue Werkstätte in Jülich ist an die belgische Société anonyme de Cockerill, die Hauptwerkstätte Krefeld-Oppum an Schneider-Creusot und die Werkstätte von Darmstadt einem Pariser Unternehmen übergeben worden.

„Frankreich über alles!"

Auf dem Kongreß **der radikalen und radikal-sozialischen Partei** stellte gestern bei der Beratung der auswärtigen Angelegenheiten Professor Aulard den Antrag, eine Tagesordnung anzunehmen, in der gefordert wird, daß das Reparationsproblem dem Völkerbund zur Regelung überwiesen werde. Der Führer der Partei, Herriot, widersprach. Es handle sich hier um die moralische Verantwortlichkeit der Partei, deren Wahlspruch sei: Frankreich über alles! Der Vorschlag Aulards wurde deshalb von dem Antragsteller zurückgezogen. (Das Lied „Deutschland über alles" war angeblich ein Zeichen von Überhebung, Imperialismus und Gewaltstreben. „Frankreich über alles" aber ist wohl nur ein harmloses bon mot. Man denke an das Vorgehen Frankreichs gegenüber der Schweiz und man merkt, wohin diese Politik, dieser rasende Chauvinismus, der selbst die Linkskreise Frankreichs erfaßt, führen wird.)

Wahlen in Oesterreich.

Bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat wurden bisher folgende Ergebnisse festgestellt: 79 Christlichsoziale, 65 Sozialdemokraten, 11 Großdeutsche, 4 von der Bauernpartei. Die Resultate von 6 steirischen Kreisen stehen noch aus. Die Wahlbeteiligung betrug zwischen 80 und 90 Prozent. Die Großdeutschen, die für Anschluß an Deutschland arbeiten, haben starke Einbuße an Stimmen erlitten, die zu gleichen Teilen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten zugute kommen. Kanzler Seipel erklärte angesichts des Wahlergebnisses, daß er sicher sei, daß das Genfer Programm zu Ende geführt werde.

Deutsches Reich.

** **Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamten auf 9 Stunden.** Im Zusammenhang mit der starken Reduzierung des Beamtenkörpers beabsichtigt die deutsche Regierung, die Arbeitszeit bei allen Reichsbehörden **von 8 auf 9 Stunden** für den Tag zu erhöhen.

** **Verhaftung der Kommunistenführer in Württemberg.** In Stuttgart ließ der Wehrkreiskommandeur, General Reinhardt, die Führer der Kommunisten in Schutzhaft nehmen. Die württembergischen Kommunisten hatten eine lebhafte Agitation für Generalstreik und Sabotageakte entfesselt. Das Gebäude der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" wurde durch Reichswehr und Polizei besetzt und die fertigen Nummern beschlagnahmt.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 23. Oktober.

Ein berechtigter Wunsch der Bürgerschaft.

Die Neupflasterung der Mühlenstraße ist fertiggestellt; sie zeigt ausgezeichnetes Reihenpflaster. Aus dem Umstande, daß für diese verkehrsarme Straße so erhebliche Geldmittel aufgewendet worden sind, darf man die Hoffnung schöpfen, daß auch andere Straßen und Plätze, denen es not tut, bald ein besseres Pflaster bekommen werden. Am dringendsten ist die Umpflasterung des Sapiehaplatzes, dessen vorsintflutliches Pflaster allwöchentlich von Tausenden unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen kreuz und quer durchlaufen werden muß, wenn sie den Wochenmarkt besuchen. Für diese Neupflasterung kommt jetzt Asphalt nicht mehr in Frage. Aber welche andere Art von Pflaster? Vielleicht Zement in asphaltähnlicher Ausführung, wie auf einem Teile der Schützenstraße, oder Kleinsteinpflaster, wie auf der ul. Ratajczaka (fr. Ritterstr.)? Gleichviel! Doch wäre eins zu wünschen: die Freihaltung von Durchgängen durch den Wochenmarkt in schräger Richtung von der Post zum Endpunkt der Straßenbahn und von da nach dem Kanonenplatz, ebenso von der Krämerstraße und vom Wronker Platz (Wolnica) nach der Westseite des Platzes. Bei dieser Umpflasterung sollte man auch daran denken, für die Straßenbahn die fehlende Verbindung über die Wolnica nach der Kleinen Gerberstraße herzustellen. nn.

Zoll-Erleichterungen.

Oft übersehen Antragsteller um Erleichterung bei Zollzahlungen, die die Genehmigung des Finanzministeriums erfordern, die Vorschriften, die dabei zu beachten sind. Daher seien nachstehende, bei Einreichung von Gesuchen um Zollerleichterungen erforderliche Punkte hervorgehoben:

Das Gesuch ist in zwei gleichlautenden Exemplaren an das Min. Skarbu, Dep. Cel, durch das Min. Przem. i Handlu, Dep. III, zu adressieren und an das Min. Przem. i Handlu einzureichen. In den Gesuchen ist zu erwähnen: a) die Anzahl der eingeführten Maschinen oder Rohstoffe; b) ihr Gewicht (wenn einige Typen Maschinen eingeführt werden, muß das Gewicht jeden Typs besonders oder einer jeden Maschine angegeben sein); c) das Zollamt, das die Verzollung ausführen soll. 2. Zum Gesuch sind beizufügen: a) Zeichnungen oder Photographien der Maschinen oder Proben, wenn es sich um Rohstoffe oder Halbfabrikate handelt; b) Rechnungen oder Offerten der ausländischen Firmen (im Original oder Abschriften); c) in Fällen, wo es sich um Rohstoffe oder Halbfabrikate handelt, Bescheinigungen der wojewodschaftlichen Industriebehörde zweiter Instanz (in der Freien Stadt Danzig die Bescheinigung der entsprechenden Senatsabteilung) oder der Handelsindustriellenkammer, aus denen folgendes hervorgeht: a) die Zahl der beschäftigten Arbeiter; b) die Erzeugungskraft des Unternehmens; c) sowie daß das angegebene Quantum den normalen Bedarf auf einen bestimmten Zeitabschnitt (zum Beispiel einen Monat) nicht übersteigt. Wenn die auf Zollerleichterung Aussicht besitzende Ware aus diesen oder jenen Gründen ohne Anwendung der Zollerleichterung bereits verzollt ist, so müssen die Antragsteller in dem die Verzollung ausgeführten Zollamt die Höhe des gezahlten Zolls unter Beifügung obiger Gesuche und Anlagen reklamieren und das Zollamt auf den Zeichnungen und Proben um Bestätigung der Identität der Maschinen und Proben mit den nach den betreffenden Zolldeklarationen verzollten zu ersuchen. Obige Reklamation muß spätestens 30 Tage nach dem Verzollungstage geschehen sein. Nichtbefolgung dieses Termins bringt den Verlust des Anrechts auf Rückerstattung des überzahlten Zolles mit sich. Die Stempelgebühr vom ersten Gesuchsexemplar beträgt zurzeit 20 000 Mark von den Anlagen und dem zweiten Gesuchsexemplar zu 6000 Mark.

✕ **Eine Stadtverordnetensitzung findet morgen, Mittwoch, nachmittags $6^1/_2$ Uhr, statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:**

Erhöhung des Einkommens der Beamten und Angestellten um 18 Prozent und Bewilligung eines rückzahlbaren Darlehns von 40 Prozent auf das Oktobergehalt; Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Bewilligung der Kredite; Erhöhung der Preise für Gas, Teer, Koks und der Miete für Gasometer; Erhöhung des Preises für elektrischen Strom und der Miete für die Zählapparate; Erhöhung des Preises für Wasser; Erhöhung der Straßenbahnpreise; Erhöhung der Schlachthof- und Viehmarktgebühren; Aenderung des Titels der Stadtsparkasse in Stadtbank usw.

✕ **Die Postsparkasse P. K. O.** erhöht vom 1. November ab die Manipulationsgebühren von 500 auf 2000 Mark (also um 300 v. H.) und die Kaution auf 100 000 Mark.

✕ **Ehrung eines Gelehrten.** Professor Rudnicki von der hiesigen Universität tritt im „Kurjer" dafür ein, daß die Leiche des ersten Rektors der Posener Universität, Prof. Dr. Święcicki's im Posener Pantheon beigesetzt zu werden verdient.

Apothekenschließung. Die St. Martin-Apotheke hat die Polizei am Sonntag nachmittag 1 Uhr auf Anordnung des Gesundheitsamts der Wojewodschaft in Anwesenheit ihres Besitzers Bethge geschlossen. Alle Rezepte, die am Sonntag vormittag gebracht und angefertigt wurden, konnten den Betreffenden infolgedessen nicht ausgehändigt werden. Die „Prawda" (Nr. 240), der wir diese Nachricht entnehmen, schreibt, sie werde auf die Angelegenheit zurückkommen; nach den von Herrn Bethge ihr vorgelegten Dokumenten habe das Gesundheitsamt ihm gegenüber ein neues Unrecht (nieformalność) begangen.

Ein Tee-Ersatz. Da jetzt der Tee so teuer ist — schreibt ein Leser der „Naw. Ztg.", — möchte ich ein Rezept der Allgemeinheit zugute kommen lassen, das schon jahrelang bei uns im Gebrauch ist: Himbeertee. Im Herbst, um die jetzige Zeit, fangen die Zweige des Himbeerstrauches an abzusterben. Diese werden gesammelt, zusammengebunden und aufgehängt; ein Verderben ist ausgeschlossen. Zum Gebrauch nimmt man von einem Stengel so viel man nötig hat, schneidet kleine Stückchen, setzt diese mit kaltem Wasser an und läßt sie eine Viertelstunde gut auskochen. Der gewonnene Teeabguß ist wohlschmeckend und erfordert nur wenig Zucker.

nn. **Ein Vorschlag in Güte.** Im Straßenbahnverkehr sind die Bewohner von Jersitz insofern gegenüber denen anderer Stadtteile benachteiligt, als ihnen die unmittelbare Verbindung mit dem Bahnhofe fehlt, den sie nur durch Umsteigen erreichen können. Dem übel wäre durch eine geringfügige Änderung im Fahrplan leicht abzuhelfen. Linie 2, die längste von allen, die nur selten von jemandem ganz durchfahren wird, weil sie zu viele Umwege macht, müßte geteilt werden. Von Jersitz her müßte sie von der Caponnière aus nach dem Bahnhofe abbiegen. Die Strecke nach Wilda (Linie 10) müßte dann am Depot beim Zoologischen Garten beginnen. Wir stellen diesen Vorschlag hier zur Erörterung.

nn. **Keine Großstadtzierde.** Einen 30 Schritt langen Dorfteich und ein täglich wechselndes Gebirge von Pferdemist — das zeigt uns der freie Platz am Anfange der ul. Towarowa (fr. Colombstr.) neben der ul. Skośna (fr. Vor dem Berliner Tor), also dicht an unserem schönen Anlagenring. Daß dieser Anblick das Auge erquickt und daß er mit dem Großstadtcharakter der nahen Prachtbauten harmoniere, werden wohl selbst diejenigen, die den Straßenunrat dorthin fahren lassen, nicht behaupten wollen.

✕ **Miljonówka.** Bei der Miljonówka-Ziehung am Sonnabend wurde die Nr. **4 496 756** gezogen.

Vom Film. Im Teatr Pałacowy hat gegenwärtig das spannende Filmdrama „Das Mädchen aus dem Lande der Stürme großen Erfolg. Mit ihm zusammen stehen „Die drei Musketiere" (nach Dumas) auf dem Programm.

S. **Hagebutten.** Jetzt ist es Zeit, die Hagebutten zu ernten, die an wilden Rosenbüschen zu finden und in diesem Jahre anscheinend besonders in vielen und großen Früchten vorhanden sind. **Bekanntlich sind diese Früchte im Haushalt in verschiedener Weise** zu verwenden, sei es eingemacht, sei es getrocknet. Außerdem läßt sich aus Hagebutten ein vorzüglicher Wein bereiten — vorausgesetzt, daß man über den nötigen Zucker verfügt. Hagebuttenwein erinnert in seinem Geschmack an Malaga.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden gestern: von einem vor dem Grundstück St. Martinstraße 44 stehenden Wagen 17 Säcke im Werte von 1 700 000 M.; aus einer Wohnung in der Wierzbięcice (fr. Bitterstraße) 6 Millionen Mark bares Geld; aus einer solchen in Górna Wilda 51 (fr. Kronprinzenstraße) ein Damenmantel, ein Kleid, ein Paar Herrenbeinkleider und ein Jackett im Werte von 20 Millionen Mark.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 21 Dirnen, 1 Bettler, 1 Zuhälter, 4 Betrunkene, 1 Person wegen Hehlerei, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Umhertreibens.

* **Konitz,** 20. Oktober. Eine Milliarde „Trinkgeld" erdient hat — allerdings in deutscher Währung — gestern ein Konitzer Eisenbahnarbeiter, der einigen Herren, die nach Danzig fuhren, ihr Gepäck besorgt hatte.

□ **Strelno,** 22. Oktober. Am Freitag, dem 19. d. Mts., wurden auf Veranlassung des Untersuchungsrichters in Bromberg von einer Kommission in Gegenwart von Polizeibeamten Haussuchungen bei einer Reihe von Deutschen vorgenommen. Von diesen Haussuchungen wurden, soweit wir erfahren haben, betroffen Großkaufmann Ritter, Kaufmann Wiedemeyer, Dampfmühlenbesitzer Greger, Maurer- und Zimmermeister Klomp, Maurermeister Küchel und das evangelische Pfarramt. Es wurde nach Akten und Briefen des Deutschtumsbundes, des Deutschen Wohlfahrtsbundes und nach Auslandskorrespondenz gesucht.

□ **Wreschen,** 22. Oktober. Zum ersten Male überhaupt fanden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft am vergangenen Freitag auch in unserem Kreise Haussuchungen bei 6—7 Deutschen statt. Von den evangelischen Pfarrämtern des Kreises wurde als einziges das in dem benachbarten Wilhelmsau, dessen Inhaber auch das hiesige Pfarramt verwaltet, durchsucht. Die Haussuchungen wurden in jeder Beziehung sachgemäß vorgenommen.

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

≡ **Einziehung der Kriesnoten.** Das Finanzministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach die im Umlauf befindlichen **Banknoten der P. K. K. P. vom Jahre 1917 (im Verkehr bekannt als Kriesnoten) eingezogen** werden sollen. Die Verfügung lautet: Die Noten **der P. K. K. P.,** welche im Jahre 1917 in Umlauf gesetzt wurden und das Datum 9. 12. 1916 tragen (sog. **Kriesnoten**), werden ab 1. November 1923 **aus dem Verkehr gezogen** und gelten von diesem Tage ab **nicht mehr als öffentliches Zahlungsmittel.** Vom 1. 12. 23 ab bis zum 31. 5. 1924 **wird die Staatskasse, sämtliche Finanzkassen, wie auch alle Filialen der P. K. K. P. die Kriesnoten zum Umtausch entgegennahmen. Nach Ablauf dieses Termins hört die Einlösung durch die P. K. K. P. auf und die nicht abgelieferten Noten verlieren ihre Gültigkeit.**

Von den Aktiengesellschaften.

Młyn Parowy (Dampfmühle), T. A. in **Gnesen. Auf Be**schluß der Generalversammlung wird das Aktienkapital um 40 Millionen Mkp. nom. auf 100 Millionen Mkp. nom. erhöht, durch Ausgabe von Aktien 2. Emission. Die Aktionäre erhalten auf zwei Aktien der alten Emission eine junge zum Kurse von 3000 Prozent. Die jungen Aktien sind ab 1. 7. 23 dividendenberechtigt. Das Bezugsrecht kann bis zum 20. November 1923 bei der Bank Ziemstwa in Posen und der P. K. O. in Gnesen ausgeübt werden. Nach Ablauf dieses Termins erlischt das Bezugsrecht. Außerdem wird bei den angeführten Instituten die Dividende für das verflossene Geschäftsjahr ausgezahlt, und zwar 6 Prozent Dividende und 54 Prozent Superdividende.

Von den Märkten.

Edelmetall. Warschau, 20. 10. 23. Im freien Verkehr für 1 g in Tausendmkp. Gold 875, Silber 27, Platin 3800, Silberrubel 380.

London, 19. 10. 23. Diskont $3^5/_{32}$, Silber bar $31^1/_2$. Gold 91,4.

Neuyork, 19. 10. 23. Diskont $4^1/_4$, inl. Silber $99^5/_8$, ausl. Silber $63^1/_4$.

Metalle. Hamburg, 20. Oktober. (In Milliarden Mkd.) Silber 215—240, Standardzinn loko 11,5—10, Bankazinn 11.5—10, Orig. Hüttenweichblei loko Lager 1.2—1.5, loko Hütte 1.2—1.5, Raff. Kupfer 3.2—3.4. London, 20. Oktober. Standardkupfer 60.13.9, Elektrolitkupfer 64.10, Standardzinn 204.2.6, Blei bar 27.12.6, Zink bar 33.12.6, Engl. Antimon 38.15, Quecksilber $9^3/_8$.

Produkten. Chicago, 19. 10. 23. Weizen (Dez.) 101.62, Mais 75.75, Hafer 41,85, Roggen 68.85. Hamburg 19. 10. 23 (in Milliarden Mkd.) Roggen 17—18, Hafer 15—16, Gerste (hart) 19—20, Mais 19—20. Prag 19. 10. 23. Weizen (76—80 kg) 170—180 Kr., Roggen 71—73 kg) 119—125 Kr., Gerste 115—125, Hafer 92—96, Mais 139—140, Viktoriaerbsen 275—325, Mohn 525 bis 550, Kümmel 1650—1750.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	23. Oktober	22. Oktober
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	24 000—22 500	25 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	29 000	30 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	48 000—45 000	48 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	35 000—40 000	35 000—40 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	8000	8000—8300
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	50 000	—,—
R. Barcikowski I.—VI. Em.	20 000—19 000	20 000—19 000
Brzeski Auto I.—III. Em.	—,—	25 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	24 000—23 000	23 500—25 000 —24 000
Centrala Skór I.—V. Em.	52 500—50 000	55 000—52 500
Cukrownia Zduny I.—II. Em. (exkl. Kupons)	—,—	1 300 000
Galwania Bydgoszcz I.—III. Em.	32 000—31 000	32 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	10 000—10 500	9 500—10 000
Hartwig Kantorowicz I. Em.	65 000	—,—
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	4500—4000	—,—
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	4500—4000	6 500—4 500
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	120 000-130 000	115 000-120 000
Juno I.—II. Em.	16 000	16 000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	1 400 000-1 450 000	—,—
Dr. Roman May I.—IV. Em.	950 000	950 000-1 000 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	—,—	38 000
Orient I.—II. Em.	5 000	—,—
Patria I.—VIII. Em.	16 000	—,—
Pneumatik I.—III. Em.	5000—4500	4 500
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	40 000—37 000	40 000—38 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	160 000	140 000-150 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	65 000—70 000	60 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	240 000	240 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	8250—8000	8 000—8 500
Zakłady Chem. Główna I.—II. Em.	—,—	18 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	40 000—37 000	40 000—35 000

Tendenz: ruhig.

≠ Der Dollar in Polen errechnet aus der Danziger Parität **3 000 000** Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark). Die Goldmark aus dem Danziger Kurs **714 750** Mark polnisch.

Börse.

Warschauer Börse vom 22. 10. 23. Mit dem 20. Oktober sind zum Handel an der Warschauer Börse die 6 proz. Goldbons Serie 1 B, C, D zugelassen worden. Die täglichen Kurse werden in dem offiziellen Börsenbericht täglich bekannt gemacht werden. Die Warschauer Börse bringt keine größeren Überraschungen. Am Geldmarkt die übliche Befestigung, die nun bereits einige Tage anhält. Auf dem Effektenmarkt weitere Abschwächung und Ruhe. Die Tendenz an der gestrigen Börse schwach. Es notieren offizielle Werte: Bank Diskontowy 1650, Bank dla Handlu i Przemysłu 340—350, Bank Małopolski 330—325, Bank Handlowy 790—795, Kredytowy in Warschau 200, B. Związku Ziemian 80—85; Industriewerte: Sole Potasowe 1500—1550, Chodorów 1125—1185, Michałow 325—310, Częstocice 10 600—11 000, Tow. Fabr. Cukru 2200—2000, Cegielski 210—205 Modrzejów 2100—2050, Starachowice 875—855, Parowóz 135—130, Pocisk 180, Zieleniewski 4200—4350, Żyrardów 105 000—107 500 bis 103 000, Polska Nafta 105—115, Płotno 475, Ćmielów 380, Polski Lloyd 50—65, Ursus 280—270, Hüberbusch 1300—1280, Konopie 200—175, Spiritus 600, Nobel 320—360, Pol. Przem. Naftowy 340—360, Kop. Węgla 2000—2040, Majewski 5000, Zawiercie 112 000—114 000, Polbal 30—35, Skupu Skór 40—35, Kabel 165, Tepege 1450—1550.

Die P. K. K. P. zahlte am 21. 10. für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 560 200 (384 000), Mark 259 400 (106 600), Krone 220 600 (89 000), lateinische Münzeinheit 210 100 (89 000), Dollar 1 089 300 (513 300), Pfund Sterling 5 300 500 (sh. 115 500) schwed. Krone 291 800 (128 000) holl. Gulden 437 800 (201 600) österr. Dukaten 2 491 600 (fl. 237 000) belg. Dukaten 2 485 800, türkische Pfund 4 776 000. 1 g Feingold 723 890 (21 300).

Die polnische Mark am 20. 10. 23. (A. W.) An diesem Tage wurden für 100 Mkp. gezahlt: **Danzig** 1 295 750—1 303 250, Auszahlung Warschau 1 297 000—1 208 000. **Kattowitz** 1 250 000 (Parität: 0.0008). **Prag** Auszahlung Warschau 0,325 (Parität: 30800). **Ofenpest**, Auszahlung Warschau 2,50—4,15 (Parität: 29,40). **Neuyork** Ausz. Warschau 0.000 125 (Parität: 800 000). **London**. Ausz. Warschau 0,0000262 (Parität: 4 600 000). **Zürich**, Auszahlung Warschau 0,00055 (Parität: 181 850). **Bukarest**, Auszahlung Warschau 2,10 (Parität: 47 65).

Züricher Börse vom 20. 10. 23. (Amtlich.) Warschau 0.00055, Neuyork 5,595, London 25,28, Paris 33,35, Wien 0,007850, Prag 16 64, Italien 25,225, Belgien 28,80, Ofenpest 0,0306, Sofia 5,35, Holland 218,75, Kristiania 86,50, Kopenhagen 97,90, Stockholm 147 1/8, Spanien 75,50, Bukarest 2,60, Berlin (nicht notiert), Belgrad 6,84, Athen 8,90 Konstantinopel 3,25.

Berliner Börsenbericht

vom 22. Oktober.

Disk.-Kom.-Anl.	200 000 000 000.—	Auszahlung Holland	—.—
Auszahlung Warschau	—.—	„ London	180 000 000 000.—
Polnische Noten	34 000.—	„ Neuyork	40 000 000 000.—

Danziger Mittagskurse vom 23. Oktober.

Polenmark in Danzig ..... 4 000 000—5 000 000
Dollar in Danzig 150 000 000 000

Warschauer Vorbörse vom 23. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau 0,00002
Dollar 1 425 000
Englische Pfund in Warschau ... 6 250 000
Schweizer Franken in Warschau .. 250 000
Französischer Franken in Warschau . 83 000

Warschauer Börse vom 22. Oktober.

Devisen:

Belgien	66 400	Paris	77 200
Berlin und Danzig	0.000 015	Prag	38 500—38 450
London	5 700 000—5 830 000 —5 829 000	Schweiz	225 000—235 000 —230 000
Neuyork	1 275 000—1 250 000 —1 290 000	Wien	18.20
		Italien	58 300

Die heutige Ausgabe hat 4 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 23. 10. 23: **„Die schöne Helena“**, Komische Oper von Offenbach.
Mittwoch, den 24. 10. 23: **„Troubadour“**, Oper von Verdi.
Donnerstag, den 25. 10. 23: **„Lohengrin“**, Romantische Oper von Wagner. (Gastspiel Tadeusz Dura.)
Freitag, den 26. 10. 23: **„Glocken von Corneville“**, Komische Oper von Planquette.
Sonnabend, den 27. 10. 23: **„Die toten Augen“**, Oper von d'Albert.
Sonntag, den 28. 10. 23, nachm. 3 Uhr: **„Halka“**, Oper von Moniuszko. (Ermäßigte Preise.)
Sonntag, den 28. 10. 23, abends 7 1/2 Uhr: **„Maskenball“**, Oper von Verdi.